

Der Abbau der Preise.

Zu Beginn der Sitzung der Handelspolitischen Kommission wies der Vorsitzende Gemeinderat Dr. v. Dorn auf die mit der Ukraine, Rußland und Rumänien geschlossenen Friedensverträge hin, die geeignet sind, die Bestrebungen der Handelspolitischen Kommission hinsichtlich der Verbesserung der Approvisionierungsverhältnisse unserer Stadt günstig zu beeinflussen. Er beantragte ein Dankesvotum an den Minister Grafen Czernin und an den deutschen Staatssekretär Dr. v. Kühlmann.

Handelskammersekretär Professor Dr. Brabek stellte nach eingehender Begründung nachfolgende Entschliebung zur Diskussion:

Die Strafbestimmungen der Preistreibeiverordnung haben weder in Hinsicht der Bekämpfung der Ausschreitungen in der Preisbildung, noch in Hinsicht des durch die Verordnung zu fördernden Versorgungszweckes befriedigende Wirkungen hervorgebracht. In der Frage des Abbaues der Preise vertritt die Kommission die Anschauung, daß Preisentungen sich als die Folgeerscheinungen der gesamten Wirtschaftsentwicklung ergeben müssen und daß willkürliche einseitige Preisdrückungen dem Versorgungszweck abträglich sind. Eine Einwirkung auf die Preisbildung ist nur auf Grund wirtschaftlicher Prüfung zu empfehlen. Die Einführung gleichartiger Preistreibeiverordnungen und deren gleichartige Handhabung in Ungarn ist unerlässlich, wenn eine weitgehende Förderung der Ziele unserer Preispolitik erwartet werden soll. Behufs Anbahnung des Preisabbaues wird der Regierung insbesondere empfohlen, durch energische Vorkehrungen zur Förderung der Produktion und zur Aufbringung der Warenbestände das Warenangebot zu erhöhen. Als eine der wichtigsten Maßnahmen in dieser Richtung sei die Enthebung einer entsprechenden Zahl wirtschaftlich verwendbarer, für die Kriegführung nicht unbedingt notwendiger Personen zu fördern.

Dr. Floberg bezeichnete die Zentralen als Haupthindernis für den Abbau der Preise.

Kommerzialrat Saborsky befahte sich insbesondere mit der Möglichkeit des Abbaues der Vieh- und Fleischpreise. Durch viele Maßnahmen der österreichischen und ungarischen Viehzentrale sei die Versorgung der Bevölkerung mit Fleisch nicht erleichtert, sondern erschwert und die Vieh- und Fleischpreise seien zum Nachteil der Bevölkerung beeinflusst worden. Er bemängelte weiters die Festsetzung eines Kontingentes für das von Oesterreich nach Ungarn gebrachte Vieh, ferner daß der gesamte Einkauf in Ungarn der ungarischen Viehverwertungsgesellschaft übertragen wurde, welche jeden Preis zahle und noch besondere Gebühren auf die Preise aufschlage.

Fran Freundlich erblickt eine wesentliche Ursache der hohen Preise in dem Ketten- und Schleichhandel und erörterte die Maßnahmen, welche die Kriegswucherkommission zur Einschränkung dieses Uebelstandes vorschlägt.

Kammerrat Mendl hält es für unverantwortlich, der zentralen Bewirtschaftung und den Zentralen für die gegenwärtigen Schwierigkeiten schuld zu geben. Das Verlangen nach Beseitigung der Zentralen oder nach Reorganisation sei insofern ungerechtfertigt, als nicht konkrete Vorschläge gemacht werden, was an Stelle der Zentralen zu setzen ist und wie sie zu reformieren wären.

Bei der Abstimmung wird die Entschliebung des Berichterstatters einstimmig mit dem Zusatz angenommen, daß bei der Aufbringung der Waren der freie Handel soweit als möglich herangezogen werden soll.